

Die Erklärungen des Reichskanzlers.

Während von englischer und amerikanischer Seite mit wachsender Bestimmtheit Nachrichten verbreitet wurden, daß die einschneidenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten eine gütliche Erledigung gefunden haben, behandelt der Reichskanzler in der Äußerung, die er dem Vertreter der New Yorker „World“ gegenüber getan hat, den Streit noch als zugespitzt und den Ausgang als unsicher. Wir haben einen Drahtbericht über den Inhalt der Unterredung im größten Teil unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlicht. Jetzt liegt auch der Wortlaut des umfangreichen Aufsatzes vor, den Herr Karl von Wiegand der „World“ gesandt hat. Er betont mit Nachdruck, daß die deutsche Presse, ohne sich chauvinistisch zu gebärden, einmütig den Standpunkt der Regierung billige und die Zumutung, den Angriff auf die „Lusitania“ als völkerrechtswidrig und schuldhaft zu erklären, als eine Demütigung betrachte, der sich ein auf seine Würde haltender Staat nicht fügen könne.

Die Stimmung des Volkes ist zutreffend geschildert. In der Tat empfindet es die öffentliche Meinung durchweg als unmöglich, eine Kriegsmaßregel, die von deutschen Seeleuten in Ausübung ihrer Pflicht und gemäß den Grundsätzen des Seekriegsrechts vorgenommen wurde, als willkürlich und verbrecherisch anzuerkennen. Eine große Reihe von Rechtslehrern, unter ihnen Männer, deren Namen auch weit über die deutschen Grenzen hinaus einen guten Klang haben, ist für die Rechtmäßigkeit des Verfahrens eingetreten. Dagegen wird im Ernst niemand behaupten, daß die „Lusitania“, die mit Geschützen ausgerüstet war und ungeheure Massen Kriegsmaterialien, insbesondere Munition für England an Bord hatte, nach den Regeln des Völkerrechts den Anspruch hatte, als friedliches Handelsschiff angesehen und geschont zu werden. Die deutsche Regierung hat den amerikanischen Forderungen gegenüber weitgehendes Entgegenkommen bewiesen, wie bei den früheren Verhandlungen, so bei der jüngsten Note des Staatssekretärs Lansing. Aber es gibt einen Punkt, bei dem es heißt: Bis hierher und nicht weiter. Weder kann Deutschland seine Ehre preisgeben noch sich die Waffe für den Unterseekrieg schlechthin entwenden lassen.

Mit Frug hebt Herr von Bethmann Hollweg hervor, daß Deutschland um so lieber die freundschaftlichen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten aufrechtzuerhalten gewillt war und immer noch ist, als ein deutscher Fürst, Friedrich der Große, der erste war, der die Unabhängigkeit der Union freudig begrüßte und dem jungen Staatswesen seine Glückwünsche sandte. Deutsche Staatsmänner und Feldherren haben an dem Aufschwung des führenden Reiches jenseits des Atlantischen Ozeans regen und wirksamen Anteil genommen. Zwischen den Völkern hat der lebhafteste wirtschaftliche Verkehr bestanden. Es ist daher natürlich, daß Deutschland, wiewohl es seit Ausbruch des Weltkrieges mancherlei Unfreundlichkeit von Amerika erfahren hat, bereit bleibt, wie der Reichskanzler versichert, alles zuzugestehen, was es innerhalb der Grenzen der Vernunft und Billigkeit, innerhalb der Grundsätze des Rechts und der Ehre gewähren kann. Aber darüber hinaus zu gehen, hieße den Nacken unter ein laudinisches Joch beugen. „Keine deutsche Regierung kann eine solche Erniedrigung des Volkes hinnehmen und überdauern,“ sagte der Kanzler.

Er ist sich seiner schweren Verantwortung bewußt. Er redet „nicht leichten Herzens“. Er bezeichnet den Gedanken als wahnwichtig, Deutschland könne einen Krieg mit Amerika herausfordern, wenn es ihn zu vermeiden imstande sei. „Aber es gibt Dinge, die ich nicht zu tun vermag.“ Herr von Bethmann Hollweg so wenig wie irgendein anderer Kanzler. Darin pflichtet ihm das deutsche Volk durchaus bei, dieses Volk, dem er das berechtigte Zeugnis ausstellt, daß es in wunderbarer Geschlossenheit, Einigkeit und Selbstenhaftigkeit, in Opfern ohnegleichen, Gut und Blut für das Vaterland hingibt, dieses Volk, das für sein Dasein kämpft und zuversichtlich und vertrauensvoll weiter kämpfen würde, auch wenn sich die Zahl seiner Feinde noch mehren sollte. Indessen so ernst auch die Worte des Reichskanzlers sind und so wenig sie mit den Meldungen von einer schon erzielten Einigung übereinzustimmen scheinen, so geben sie doch selbst immer noch der Möglichkeit Raum, daß sich die drohenden

Wollen zerstreuen. Was über ein bereits getroffenes Abkommen zwischen Amerika und England oder über die Kriegskreidereien großer Geldleute der Vereinigten Staaten gemeldet wurde, waren Äußerungen des Berichterstatters der „World“, nicht des Herrn von Bethmann Hollweg. Dessen Erklärungen gipfelten in den Schlußworten:

„Wenn derselbe aufrichtige Wunsch, zu einer für beide Staaten ehrenhaften Übereinstimmung zu gelangen, in Amerika ebenso vorwiegt wie bei der deutschen Regierung und im deutschen Volke, so wird kein Bruch in den 125 Jahre alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Ländern eintreten.“

Besteht dieser Wunsch in Amerika nicht, so ist jede Nachgiebigkeit von deutscher Seite vergeblich, sondern ein neuer Vorwand zum Bruch leicht gefunden. Jedenfalls kann Deutschland der Zukunft mit jener Ruhe entgegensehen, die das gute Gewissen gibt, das Bewußtsein, alles getan zu haben, was in Ehren zu tun möglich war, um den Frieden mit den Vereinigten Staaten zu erhalten. Bei ihnen ist jetzt die Entscheidung, bei ihnen auch die Verantwortung.